

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Grafische Darstellungen und Schemata	20
Wichtige Texte und Quellen	21
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	22
Literaturverzeichnis	25
<hr/>	
1. Teil Die Bedeutung des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland	
§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	30
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	34
<hr/>	
2. Teil Die Grundlinien des Ausländerrechts in Deutschland	
§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes	40
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	44
§ 5 Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	109
§ 6 Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	153
§ 7 Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	175
<hr/>	
3. Teil Die Grundlinien des aktuellen Asylrechts in Deutschland	
§ 8 Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	182
§ 9 Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	187
§ 10 Das formelle Asylverfahren	252
<hr/>	
4. Teil Die Grundlinien des künftigen GEAS	
§ 11 Der weiterhin vierteilige materielle Asylantrag i.w.S.	306
§ 12 Das formelle Asylverfahren nach der GEAS-Reform	327
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	369
Stichwortverzeichnis	371

Inhalt

Vorwort	5
Grafische Darstellungen und Schemata	20
Wichtige Texte und Quellen	21
Verzeichnis spezifischer Abkürzungen	22
Literaturverzeichnis	25

1. Teil Die Bedeutung des Ausländer- und Asylrechts in Deutschland

§ 1 Die Ein- und Auswanderung in der deutschen Geschichte	30
§ 2 Die normative Verflechtung von Ausländer- und Asylrecht	34
I. Der Staatsbegriff als Grundlage des Ausländerrechts	34
II. Der Regelungsbereich des Ausländerrechts	35
III. Der Regelungsbereich des Asylrechts	37

2. Teil Die Grundlinien des Ausländerrechts in Deutschland

§ 3 Der Aufbau, der Geltungsbereich und die Ziele des Aufenthaltsgesetzes	40
I. Der Aufbau des Aufenthaltsgesetzes	41
II. Der Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	41
1. Der sachliche Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	41
2. Der personelle Geltungsbereich des Aufenthaltsgesetzes	42
§ 4 Die Regelungen für die Einreise und den Aufenthalt eines Ausländers	44
I. Die Bedeutung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	44
1. Die Rechtsnatur von Visum und Aufenthaltserlaubnis	44
2. Die Arten von Visum und Aufenthaltserlaubnis	44
a) Der räumliche Geltungsbereich von nationalem Visum und Schengen-Visum	45
b) Die zeitliche Geltungsdauer von Visum und Aufenthaltserlaubnis	45
c) Die Beschränkung von Visum und Aufenthaltserlaubnis durch Nebenbestimmungen	46
d) Die europarechtlichen Sonderformen der Aufenthaltserlaubnis	46
II. Die Erteilungsvoraussetzungen für Visum und Aufenthaltserlaubnis	47
1. Die Voraussetzung eines gesicherten Lebensunterhalts	47
2. Die Voraussetzungen der geklärten Identität und des Passbesitzes	47
3. Der Ausschluss einer Erteilung wegen eines Ausweisungs- oder sonst entgegenstehenden öffentlichen Interesses	48
4. Die Einreise mit dem erforderlichen Visum	49

III. Die Aufenthaltszwecke für Visum und Aufenthaltserlaubnis	51
1. Der Aufenthaltszweck der Aus- und Fortbildung	51
a) Der Aufenthalt zur beruflichen Aus- und Weiterbildung nach § 16a AufenthG	51
b) Der Aufenthalt zum Studium nach § 16b und § 16c AufenthG	52
aa) Die studienbezogenen Beschränkungen	52
bb) Die arbeitsmarktbezogenen Beschränkungen	53
c) Der Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen nach § 16d AufenthG	54
d) Die Aufenthaltserlaubnis zur Berufsausbildung für ausreisepflichtige Ausländer nach § 16g AufenthG	56
e) Die Aufenthaltserlaubnis zur Suche eines Ausbildungs- oder Studienplatzes nach § 17 AufenthG	63
2. Der Aufenthaltszweck zur Erwerbstätigkeit nach §§ 18 ff. AufenthG	63
a) Die Aufenthaltserlaubnis zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 18, § 18a und § 18b AufenthG	65
b) Die Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte und ihre Ehegatten nach § 18c AufenthG	66
c) Die Aufenthaltserlaubnis für sonstige Beschäftigungszwecke nach § 19c AufenthG	66
d) Die Aufenthaltserlaubnis für qualifizierte Geduldete zur unselbstständigen Erwerbstätigkeit nach § 19d AufenthG	66
e) Die Aufenthaltserlaubnis zur Erwerbstätigkeitssuche für Fachkräfte nach § 20 AufenthG	67
f) Die Chancenkarte für potentielle Fachkräfte nach § 20a und § 20b AufenthG	67
g) Die Blaue Karte EU nach § 18g AufenthG und die ICT-Karten nach § 19 ff. AufenthG	70
h) Die Aufenthaltserlaubnis für ausländische Forscher nach § 18d AufenthG	73
i) Die Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbstständigen Tätigkeit nach § 21 AufenthG	74
3. Der völkerrechtliche, humanitäre oder politische Aufenthaltszweck	75
a) Die humanitäre Aufnahme von Ausländern nach § 22, § 23 und § 24 AufenthG	75
b) Die Aufenthaltserlaubnis in Härtefällen nach § 23a AufenthG	77
c) Die ausländerrechtliche Umsetzung asylrechtlicher Entscheidungen und besonderer Härtefälle nach § 25 AufenthG	77
aa) Die Aufenthaltserlaubnis für Asyl- und international Schutzberechtigte	78
bb) Die Aufenthaltserlaubnis bei Vorliegen eines nationalen Abschiebungsverbots	79
cc) Die Aufenthaltserlaubnis bei besonderen Interessenlagen und für Opfer von Straftaten	79
dd) Die Aufenthaltserlaubnis für geduldete Ausländer	80

d)	Die Altfallregelungen nach § 25a, § 25b und § 104a AufenthG	81
e)	Die Chancen-Aufenthaltserlaubnis nach § 104c AufenthG	82
4.	Der Aufenthaltswitzweck des Ehegatten- und Familiennachzugs	84
a)	Die Begriffe von Ehe und Familie in § 27 AufenthG	86
b)	Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Deutschen nach § 28 AufenthG	87
c)	Der Ehegatten- und Familiennachzug zu Ausländern nach § 29 AufenthG	88
d)	Der Ehegattennachzug zu Ausländern nach § 30 und § 31 AufenthG	88
e)	Der Kindesnachzug zu Ausländern nach §§ 32 ff. AufenthG	89
f)	Der Nachzug sonstiger ausländischer Familienangehöriger nach § 36 und § 36a AufenthG	90
IV.	Das Verwaltungsverfahren zur Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	92
1.	Die Zuständigkeit der Ausländerbehörden	92
a)	Die sachliche Zuständigkeit der Ausländerbehörden	92
b)	Die örtliche und instanzielle Zuständigkeit der Ausländerbehörden	94
2.	Die Besonderheiten des ausländerrechtlichen Verwaltungsverfahrens	95
a)	Das Antragserfordernis	95
b)	Die behördliche Amtsermittlungspflicht und die persönliche Mitwirkungspflicht	96
c)	Die Anhörung des Ausländers	97
3.	Die Form der Erteilung von Visum und Aufenthaltserlaubnis	97
V.	Der Rechtsschutz im Visum- oder Aufenthaltserlaubniserteilungsverfahren	98
1.	Die Besonderheiten der Verpflichtungsklage zur Durchsetzung eines Visum- oder Aufenthaltserlaubnisanpruchs	98
a)	Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	98
b)	Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	100
c)	Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	101
d)	Der Klageantrag dieser Verpflichtungsklage	102
e)	Der Eilrechtsschutz zur Durchsetzung eines Visum- oder Aufenthaltserlaubnisanpruchs	102
2.	Die Anfechtungsklage gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	103
a)	Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	103
b)	Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	103
c)	Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	104
d)	Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	104
e)	Der Eilrechtsschutz gegen eine belastende und abtrennbare Nebenbestimmung zu Visum oder Aufenthaltserlaubnis	104
VI.	Die Integration von Ausländern im Bundesgebiet	104
1.	Der Integrationskurs nach § 43 AufenthG	105
2.	Die Berechtigung und die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs nach § 44 und § 44a AufenthG	105

VII.	Die weiteren Pflichten von Ausländern im Bundesgebiet	106
1.	Die Verpflichtung zur Passbeschaffung nach § 48 Abs. 3 AufenthG	106
a)	Das Problem des fehlenden Passes	107
b)	Die Verpflichtung zur Passbeschaffung	107
2.	Die Verpflichtung zur Identitätsklärung nach § 49 AufenthG	108
§ 5	Die Regelungen für die Beendigung des Aufenthalts eines Ausländers	109
I.	Die Ausreisepflicht nach § 50 Abs. 1 AufenthG	109
II.	Das Erlöschen des Aufenthaltstitels nach § 51 Abs. 1 AufenthG	109
1.	Das Erlöschen in Folge einer Nebenbestimmung nach § 51 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 AufenthG	110
2.	Das Erlöschen in Folge einer Rücknahme, eines Widerrufs oder einer Ausweisung nach § 51 Abs. 1 Nr. 3, Nr. 4 oder Nr. 5 AufenthG	110
3.	Das Erlöschen in Folge einer Ausreise nach § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG	111
4.	Die Erledigung aus anderen Gründen	111
5.	Die Form der Erlöschensbewirkung	112
6.	Der Rechtsschutz gegen ein Erlöschen	112
a)	Die Zulässigkeit dieser Feststellungsklage	112
b)	Die Begründetheit dieser Feststellungsklage	113
c)	Das Kostenrisiko dieser Feststellungsklage	113
d)	Der Eilrechtsschutz gegen eine Erlöschensfeststellung	113
III.	Die Ausweisung nach §§ 53 ff. AufenthG	113
1.	Die Ausweisung als sicherheitsrechtliche Präventivmaßnahme	114
2.	Das System der Ausweisung	114
3.	Die Ausweisungsregelung des § 53 AufenthG	114
a)	Der Ausweisungsanlass nach § 53 Abs. 1 AufenthG	115
b)	Die Abwägung nach § 53 Abs. 1 und Abs. 2 AufenthG	116
c)	Die Einschränkungen der Ausweisung nach § 53 Abs. 3 und Abs. 4 AufenthG	118
d)	Die gerichtliche Überprüfung der behördlichen Ausweisungsentscheidung	119
4.	Das öffentliche Ausweisungsinteresse nach § 54 AufenthG	120
a)	Die besonders schwerwiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 1 AufenthG	120
b)	Die schwerwiegenden öffentlichen Belange nach § 54 Abs. 2 AufenthG	121
5.	Das private Verbleibeinteresse des Ausländers nach § 55 AufenthG	122
a)	Die besonders schwerwiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 1 AufenthG	122
b)	Die schwerwiegenden privaten Belange nach § 55 Abs. 2 AufenthG	124
IV.	Die Überwachung der Ausreise nach § 56 AufenthG	124
V.	Die Durchsetzung der Ausreise nach §§ 57 ff. AufenthG	125
1.	Die Zurückschiebung nach § 57 AufenthG	125
2.	Die Abschiebung nach § 58 AufenthG	126
a)	Die allgemeinen Abschiebungsvoraussetzungen des § 58 AufenthG	127
aa)	Die Vollziehbarkeit der Ausreisepflicht nach § 58 Abs. 2 AufenthG	128
bb)	Die Überwachung der Ausreise nach § 58 Abs. 3 AufenthG	130

b) Die Abschiebungsbeschränkungen des § 58 Abs. 1, Abs. 1a, Abs. 1b und § 59 Abs. 1 Satz AufenthG	131
3. Die Abschiebungsanordnung nach § 58a AufenthG	133
4. Die Abschiebungsandrohung nach § 59 AufenthG	134
5. Die Abschiebungsverbote und Abschiebungshindernisse nach § 60 AufenthG	135
a) Die Arten von Abschiebungshindernissen	135
b) Die Regelung von Abschiebungsverböten in § 60 AufenthG	138
6. Die Duldung nach § 60a AufenthG	138
a) Die Funktion der Duldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	138
b) Die allgemeine Duldung nach § 60a AufenthG	139
c) Die Duldung für Personen mit ungeklärter Identität nach § 60b AufenthG	140
d) Die Ausbildungsduldung nach § 60c AufenthG	141
e) Die Beschäftigungsduldung nach § 60d AufenthG	142
f) Die Bewährungsduldung nach § 60a Abs. 2 AufenthG	143
g) Die weiteren Folgen einer Duldung nach § 61 AufenthG	144
h) Die Abschiebungshaft nach § 62 und § 62a AufenthG	145
i) Der Ausreisegewahrsam nach § 62b AufenthG	146
VI. Die Verhinderung der Wiedereinreise nach § 11 AufenthG	147
1. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 1 bis Abs. 6 AufenthG	147
2. Das gewillkürte Einreise- und Aufenthaltsverbot nach § 11 Abs. 7 AufenthG	149
VII. Der Rechtsschutz gegen Ausweisungen mit Nebenentscheidungen	150
1. Die Anfechtungsklage gegen Ausweisung und Ausreiseaufforderung	150
a) Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	150
b) Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	151
c) Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	151
d) Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	151
2. Die Verpflichtungsklage auf nachträgliche Verkürzung des Einreise- und Aufenthaltsverbots	151
a) Die Zulässigkeit dieser Verpflichtungsklage	152
b) Die Begründetheit dieser Verpflichtungsklage	152
c) Das Kostenrisiko dieser Verpflichtungsklage	152
3. Der Eilrechtsschutz gegen den Sofortvollzug der Ausweisung	152
§ 6 Die Sonderregelungen für freizügigkeitsberechtigte Unionsbürger	153
I. Die Rechtsstellung von Unionsbürgern, ihren Familienangehörigen und nahestehenden Personen	153
1. Die Freizügigkeit von Unionsbürgern	155
a) Die materielle Freizügigkeit	155
b) Die formellen Regelungen für die Freizügigkeit	156
2. Die Rechtsstellung der Familienangehörigen von Unionsbürgern	156
a) Die materielle Rechtsstellung der Familienangehörigen	157
b) Die formellen Regelungen für Familienangehörige	157
c) Der Ehegatten- und Familiennachzug in „Rückkehrerfällen“ und „Einbürgerungsfällen“	158
d) Der Ehegatten- und Familiennachzug in „Trennungsfällen“	160

3.	Die Rechtsstellung nahestehender Personen von Unionsbürgern nach § 3a FreizügG/EU	162
II.	Die Aufenthaltsbeendigung von Unionsbürgern, Familienangehörigen und nahestehenden Personen	166
1.	Die Feststellung des Nichtbestehens des Einreise- und Aufenthaltsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	166
2.	Die Feststellung des Verlusts des Einreise- und Aufenthaltsrechts eines Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	167
3.	Die Anfechtungsklage gegen die unionsrechtliche Feststellung des Freizügigkeitsverlusts des Unionsbürgers und seiner Familienangehörigen	168
a)	Die Zulässigkeit dieser Anfechtungsklage	169
b)	Die Begründetheit dieser Anfechtungsklage	169
c)	Das Kostenrisiko dieser Anfechtungsklage	170
d)	Der Klageantrag dieser Anfechtungsklage	170
4.	Die Überprüfung des Einreise- und Aufenthaltsrechts nahestehender Personen	170
III.	Die Rechtsstellung britischer Staatsangehöriger vor und nach dem „Brexit“	171
1.	Die Rechtsstellung bisher freizügigkeitsberechtigter Briten („Alt-Briten“)	171
2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen bisher freizügigkeitsberechtigter Briten („Alt-Briten“)	173
3.	Die Rechtsstellung neu ins Unionsgebiet einreisender Briten („Neu-Briten“) und ihrer Familienangehörigen	173
§ 7	Die Sonderregelungen für assoziationsberechtigte türkische Staatsbürger	175
I.	Die Einreise und der Aufenthalt von Assoziationsberechtigten	175
1.	Die Rechtsstellung des Arbeitnehmers nach Art. 6 ARB 1/80	176
2.	Die Rechtsstellung der Familienangehörigen nach Art. 7 ARB 1/80	177
3.	Die Besonderheiten des „Stand Still“ nach Art. 13 ARB 1/80 und Art. 41 ZP	178
II.	Die Aufenthaltsbeendigung von Assoziationsberechtigten	180
1.	Die Besonderheiten einer Ausweisung Assoziationsberechtigter	180
2.	Der Verlust des assoziationsrechtlichen Aufenthaltsrechts durch Erlöschen	180
 3. Teil Die Grundlinien des aktuellen Asylrechts in Deutschland		
§ 8	Das Asylrecht i.w.S. im Vergleich zum Ausländerrecht	182
I.	Die Enttäuschungen durch das Asylrecht i.w.S.	182
II.	Die Begriffe des Asylbewerbers, des Asylverfahrens und des Asylrechts	185
§ 9	Der vierteilige Asylantrag i.w.S. nach § 13 AsylG	187
I.	Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	187
1.	Der Schutzbereich des Grundrechts auf Asyl	187
a)	Die geschichtliche Dimension des Asyls	187

b) Der Anspruch auf Asylanerkennung	189
2. Der Begriff des politisch Verfolgten	190
a) Die von Verfolgung bedrohten Rechtsgüter	190
b) Die zurechenbare Verfolgungshandlung	191
c) Das Politische einer Verfolgung	192
d) Der Begriff des Verfolgers	192
e) Der Zeitpunkt der Verfolgung – die Vor- oder Nachfluchtgründe	193
f) Der Ort der Verfolgung – die innerstaatliche Fluchtalternative	194
g) Die Einzel- oder Gruppenverfolgung	194
h) Die prozessuale Durchsetzung des Asylgrundrechts	194
3. Die Schranken des Asylgrundrechts nach Art. 16a Abs. 2 und Abs. 3 GG	195
a) Das Konzept der normativen Vergewisserung	195
b) Die sicheren Drittstaaten nach Art. 16a Abs. 2 GG i.V.m. § 26a AsylG	195
aa) Die tatsächlichen Grenzen der Drittstaatenregelung	196
bb) Der Sonderfall der Einreise auf unbekanntem Weg	197
cc) Die Antragsablehnung nach § 26a Abs. 1 Satz 1 AsylG	198
c) Die sicheren Herkunftsstaaten nach Art. 16a Abs. 3 GG	198
4. Die Rechtsfolgen der Asylanerkennung	199
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach §§ 3 ff. AsylG	201
1. Der Begriff des Flüchtlings	201
2. Die Elemente einer flüchtlingsrelevanten Verfolgung	201
a) Der Begriff der Verfolgung	202
b) Die Verfolgungsgründe und die Verfolgungsintensität	202
c) Der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit der Verfolgung	203
d) Die Besonderheiten der Gruppenverfolgung	205
e) Der Begriff des Verfolgers	205
f) Der Ort der Verfolgung	206
3. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	206
4. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	206
III. Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach § 4 AsylG	207
1. Die Gefahr eines ernsthaften Schadens	207
2. Der Schutz vor einer Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe	208
3. Der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	209
a) Die Formen einer geächteten Misshandlung	209
b) Die Zielgerichtetheit und die Zurechenbarkeit einer Misshandlung	210
4. Der Schutz vor Gefahren für Leib oder Leben im bewaffneten Konflikt	212
a) Die Begriffe des internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts	213
b) Die erhöhte allgemeine oder individuelle Gefahrenlage für Zivilisten	213
c) Die Gefährdung durch „willkürliche Gewalt“	215
5. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung subsidiären Schutzes	216
6. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung subsidiären Schutzes	216

IV.	Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	217
1.	Der Schutz vor sonstigen Verletzungen der EMRK nach § 60 Abs. 5 AufenthG	217
2.	Der Schutz vor sonstigen erheblichen Gefahren nach § 60 Abs. 7 AufenthG	218
a)	Die zur Extremgefahr gesteigerte generelle Gefahrenlage	219
b)	Die zur Extremgefahr gesteigerte individuelle Gefahr	219
3.	Die prozessuale Durchsetzung der Feststellung von Abschiebungsverboten	220
4.	Die Rechtsfolgen der Feststellung von Abschiebungsverboten	221
V.	Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	222
1.	Die vollständige Antragsablehnung	222
a)	Die Zulässigkeit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	223
b)	Die Begründetheit der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	224
c)	Das Kostenrisiko der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	225
d)	Der Klageantrag der kombinierten Verpflichtungs- und Anfechtungsklage	226
e)	Das Rechtsmittel und der Eilrechtsschutz	226
2.	Die Ablehnung als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet	227
3.	Die teilweise Antragsablehnung	233
VI.	Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	234
1.	Das Erlöschen der Schutzberechtigung nach § 72 AsylG	234
2.	Die Rücknahme oder der Widerruf der Schutzberechtigung nach § 73 ff. AsylG	235
a)	Der Widerruf der Asylberechtigung oder internationalen Schutzes	236
b)	Die Rücknahme der Asylberechtigung oder internationalen Schutzes	238
c)	Der Widerruf und die Rücknahme der Feststellung von Abschiebungsverboten	238
d)	Das Widerrufs- und Rücknahmeverfahren	238
e)	Die Widerrufs- oder Rücknahmeentscheidung des BAMF	240
3.	Der Asylfolgeantrag nach § 71 AsylG und der Asylzweiteantrag nach § 71a AsylG	240
a)	Die Zulässigkeit des Asylfolgeantrags	242
b)	Die Begründetheit des Asylfolgeantrags	248
c)	Der isolierte Wiederaufgreifensantrag nach § 51 VwVfG	250
§ 10	Das formelle Asylverfahren	252
I.	Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	252
1.	Die Einreise auf dem Land- oder Luftweg	252
a)	Der verfahrensabhängige Aufenthalt	253
b)	Die Einreise auf dem Landweg	256
c)	Die Einreise auf dem Luftweg	257

2.	Der Aufenthalt während des Asylverfahrens	259
a)	Die Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung	259
b)	Die Änderung der räumlichen Zuweisung durch Umverteilung	260
c)	Die räumliche Beschränkung während des Asylverfahrens	261
3.	Der Lebensunterhalt während des Asylverfahrens	262
a)	Das general-präventive Erwerbstätigkeitsverbot für Asylbewerber	262
b)	Die Leistungen nach dem AsylbLG	263
II.	Der Ablauf des Asylverfahrens	266
1.	Die Vorprüfung der Zuständigkeit Deutschlands im Dublin-III-Verfahren	267
a)	Die Funktionsprinzipien des Dublin-III-Systems	267
b)	Der Rechtsschutz gegen eine Überstellungsentscheidung	273
c)	Die Funktionsgrenzen des Dublin-III-Systems	275
d)	Die innerstaatliche Zuständigkeit des BAMF	276
2.	Die sachliche Prüfung des Asylantrags im Asylverfahren	277
a)	Die Identitätsprüfung nach §§ 15 f. AsylG	277
b)	Die Antragstellung nach § 23 AsylG	280
c)	Die Anhörung nach § 25 AsylG	281
d)	Die Aufenthaltsgestattung nach § 55 AsylG und die BÜMA nach § 63a Abs. 1 AsylG	283
3.	Die Sonderregelungen für besonders Schutzbedürftige	283
a)	Die besondere Problematik von Eheleuten und Familien	284
b)	Die Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger nach § 12 AsylG	284
c)	Die Wahrung der Familieneinheit nach § 14a AsylG	285
d)	Das Familienasyl und der Familienflüchtlingsschutz nach § 26 AsylG	286
e)	Die Rechtsstellung unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber	288
aa)	Das Phänomen unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber	288
bb)	Die Sondersituation unbegleiteter minderjähriger Asylbewerber	289
cc)	Die amtliche Altersfeststellung bei Zweifeln an der Minderjährigkeit	290
III.	Die Besonderheiten des verwaltungsgerichtlichen Verfahrens in Asylsachen	291
1.	Die Abweichungen in Verfahren vor den Verwaltungsgerichten	291
a)	Die verkürzte Klagefrist nach § 74 Abs. 1 AsylG	291
b)	Der einheitliche entscheidungserhebliche Zeitpunkt nach § 77 Abs. 1 AsylG	292
c)	Der weitgehende Ausschluss der aufschiebenden Wirkung in § 75 AsylG	292
d)	Der erweiterte Einsatz von Einzelrichtern nach § 76 Abs. 1 AsylG	293
2.	Die Beschränkungen der Rechtsmittel im Asylrecht	294
a)	Der Ausschluss der Berufung nach § 78 Abs. 1 AsylG	294
b)	Die Berufung und die Rechts- und Tatsachenrevision nach § 78 AsylG	294
c)	Der Ausschluss der Beschwerde nach § 80 AsylG	297

3. Das Beschleunigungsinstrument der Betreibensaufforderung nach § 81 AsylG	297
4. Der Ablauf eines asylrechtlichen Verfahrens vor dem Verwaltungsgericht	298
a) Die Vorbereitung	298
b) Die mündliche Verhandlung	300
c) Die Nacharbeit	301
4. Teil Die Grundlinien des künftigen GEAS	
§ 11 Der weiterhin vierteilige materielle Asylantrag i.w.S.	306
I. Die Anerkennung als Asylberechtigter nach Art. 16a GG	306
II. Die Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft nach Art. 9 ff. VO 2024/1347/EU	306
1. Der Begriff des Flüchtlings	307
2. Die Elemente einer flüchtlingsrelevanten Verfolgung	307
a) Der Begriff der Verfolgung	307
b) Die Verfolgungsgründe und die Verfolgungsintensität	307
c) Der Zeitpunkt und die Wahrscheinlichkeit der Verfolgung	309
d) Die Besonderheiten der Gruppenverfolgung	310
e) Der Begriff des Verfolgers	311
f) Der Ort der Verfolgung	312
3. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	312
4. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft	312
III. Die Zuerkennung subsidiären Schutzes nach Art. 15 ff. VO 2024/1347/EU	313
1. Die Gefahr eines ernsthaften Schadens	313
2. Der Schutz vor einer Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe	313
3. Der Schutz vor Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung	314
4. Der Schutz vor Gefahren für Leib oder Leben im bewaffneten Konflikt	314
5. Die prozessuale Durchsetzung der Zuerkennung subsidiären Schutzes	314
6. Die Rechtsfolgen der Zuerkennung subsidiären Schutzes	315
IV. Die Feststellung von Abschiebungsverboten nach § 60 Abs. 5 und Abs. 7 AufenthG	315
V. Die ablehnende Asylentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	315
1. Die vollständige Antragsablehnung	315
2. Die Ablehnung als offensichtlich unzulässig oder als offensichtlich unbegründet	317
3. Die teilweise Antragsablehnung	320
VI. Die Berücksichtigung von Veränderungen der Sach- oder Rechtslage	320
1. Das Erlöschen der Schutzberechtigung nach Art. 66 Abs. 6 VO 2024/1348/EU	321
2. Die Rücknahme oder der Widerruf der Schutzberechtigung nach Art. 65 f. VO 2024/1348/EU	322
a) Der Widerruf der Asylberechtigung oder internationalen Schutzes	322
b) Die Rücknahme der Asylberechtigung oder internationalen Schutzes	323

c) Der Widerruf und die Rücknahme der Feststellung von Abschiebungsverboten	324
d) Das Widerrufs- und Rücknahmeverfahren	324
e) Die Widerrufs- oder Rücknahmeentscheidung des BAMF	324
3. Der Asylfolgeantrag nach Art. 55 f. VO 2024/1348/EU	325
§ 12 Das formelle Asylverfahren nach der GEAS-Reform	327
I. Die Identifizierung, die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	329
1. Die Überprüfung der Identität im Screening-Verfahren	329
2. Die Einreise und der Aufenthalt zum Asylverfahren	332
a) Der verfassungsrechtliche verfahrensabhängige Aufenthalt nach Art. 16a GG	333
b) Der unionsrechtliche verfahrensabhängige Aufenthalt	333
3. Die formellen und materiellen Aufenthaltsbedingungen	334
a) Die räumliche Zuweisung	334
b) Die räumliche Beschränkung während des Asylverfahrens	335
4. Der Lebensunterhalt während des Asylverfahrens nach der GEAS-Reform	336
II. Der Ablauf des regulären Asylverfahrens und des Asylgrenzverfahrens	338
1. Die Zuständigkeitsprüfung im Asyl- und Migrationsmanagement-System	338
a) Die Funktionsprinzipien des Asyl- und Migrationsmanagement-Systems	338
b) Die Überstellungsentscheidung und der Rechtsschutz hiergegen	346
c) Der Solidaritätsmechanismus nach der GEAS-Reform	350
d) Die innerstaatliche Zuständigkeit des BAMF	351
2. Die sachliche Prüfung im regulären Asylverfahren und im Asylgrenzverfahren	351
a) Die Identitätsprüfung nach Art. 27 VO 2024/1348/EU	351
b) Die Verfahrenseinstellung mangels Mitwirkung nach Art. 41 VO 2024/1348/EU	352
c) Die Antragstellung nach Art. 26 ff. VO 2024/1348/EU	354
d) Die Anhörung nach Art. 11 ff. VO 2024/1348/EU	355
e) Die Entscheidungsfristen nach Art. 35 VO 2024/1348/EU	356
f) Das verkürzte Asylgrenzverfahren nach Art. 43 ff. VO 2024/1348/EU	358
g) Das beschleunigte Asylverfahren nach Art. 42 VO 2024/1348/EU	360
3. Die Sonderregelungen für besonders Schutzbedürftige	362
a) Die besondere Problematik von Eheleuten und Familien	362
b) Die Handlungsfähigkeit und Vertretung Minderjähriger	363
c) Die Wahrung der Familieneinheit	364
d) Das Familienasyl und der Familienflüchtlingsschutz	364
III. Die Rückführung nach einem erfolglosen Asylverfahren	365
IV. Die Perspektive der Umsetzung der GEAS-Reform	367
Literaturempfehlungen zur Vertiefung	369
Stichwortverzeichnis	371